

Sitzung vom 24. Juni 1998

**1441. Anfrage (Euro und die Vorbereitung Zürichs auf die Währungsumstellung in der EU)**

Kantonsrat Bruno Dobler, Lufingen, hat am 23. März 1998 folgende Anfrage eingereicht:

Der politische Wille zur Einführung des Euro ist ungebrochen. Es ist damit zu rechnen, dass er stufenweise per 1999 (Buchgeld) und 2002 (Bargeld) in der EU eingeführt wird. Die Schweiz wird zur Währungsinsel in Europa. Wegen der grossen Aussenhandelsverflechtung wird sich die Schweiz den Auswirkungen der europäischen Währungsunion nicht entziehen können.

Die Wirtschaft Zürichs ist auf den EU-Markt angewiesen und auch stark von ihm abhängig. Die Auswirkungen müssen die Regierung interessieren. Auch wenn die Zürcher Unternehmen langfristig von einem Wachstumsschub profitieren können, so ist doch auch damit zu rechnen, dass sie die Wettbewerbsverschärfung auf dem EU-Markt zu spüren bekommen, die mit der Beseitigung der Währungsschranken einhergehen.

Im Zentrum des Geschehens stehen die Preise. Es ist davon auszugehen, dass sich diese innerhalb der EU rasch auf dem jeweils niedrigsten Niveau in Europa treffen werden. Es gibt viele Bereiche, wo heute Preisdifferenzen von bis zu 25% bestehen. Dieser Tatsache können sich Schweizer Unternehmen nicht entziehen. Der Druck auf die Preise wirkt direkt und konsequenterweise auch auf die Kosten. Das wiederum wird Auswirkungen auf die Erträge der Unternehmen haben. Die kleineren Unternehmen werden sich einem vermehrten Druck im Europavertrieb ausgesetzt sehen. Ob ihre eigene Kraft ausreicht, die Euro-Herausforderungen allein zu meistern, bleibt offen und soll Gegenstand von Überlegungen werden. Unter dem Druck der Entwicklung könnten neue Partnerschaften und Allianzen wahrscheinlich, wenn nicht sogar unumgänglich werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen in Bezug auf die Einführung des Euro:

1. Mit welchen mittelbaren und unmittelbaren Einflüssen auf den Wirtschaftsstandort Zürich rechnet der Regierungsrat?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, den Wirtschaftsstandort Zürich, insbesondere die Position der KMU, zu stärken?
3. Mit welchen Einflüssen auf die Steuereinnahmen rechnet der Regierungsrat mit der Einführung des Euro?

Auf Antrag der Direktion der Volkswirtschaft

beschliesst der Regierungsrat:

1. Die Anfrage Bruno Dobler, Lufingen, wird wie folgt beantwortet:

1. Ausgangslage

Spätestens seit dem Entscheid am Gipfeltreffen des Europäischen Rates vom 2./3. Mai 1998 in Brüssel über die an der Währungsunion teilnehmenden Länder, die Festsetzung der bilateralen Wechselkursparitäten zwischen diesen betroffenen Währungen und die Besetzung des Zentralbankpräsidiums steht fest, dass der Euro ab 1. Januar 1999 zur Einheitswährung von elf EU-Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Irland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien) wird. Gemäss Fahrplan wird der Euro bis zum Jahr 2002 einstweilen ein Buchgeld bleiben und erst nach einer halbjährigen Übergangszeit mit Parallelwährungen ab 1. Juli 2002 die alten Währungen auch als Bargeld und damit vollständig ablösen.

2. Einflüsse auf den Wirtschaftsstandort Zürich

Die Auswirkungen des Euro werden nicht nur für die Länder der Europäischen Währungsunion (EWU), sondern aufgrund der intensiven wirtschaftlichen Beziehungen auch für die schweizerische und zürcherische Volkswirtschaft spürbar sein. Innerhalb der Währungsunion wird die Preistransparenz erhöht, was die weitere Intensivierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs über die Grenzen begünstigt und damit auch zu einer weiteren Verstärkung des Wettbewerbs führt.

Risiken drohen der Schweiz von einem vorübergehend schwachen Euro und einer daraus folgenden möglichen Aufwertung des Schweizerfrankens. Die vorherrschende Meinung der Experten, die dem Euro eine stabile Zukunft vorhersagen, wurde bisher von den Märkten gestärkt. Auch bei beträchtlichen Unsicherheiten im Umfeld der Eurodebatte, wie sie beispielsweise in der Frage der Besetzung des Zentralbankpräsidiums aufgetreten sind, reagierten die Märkte bisher gelassen. Darin drückt sich, zumindestens vorerst, der Glaube an die starke Zukunft des Euro aus. Sollten diese Erwartungen allerdings nicht eintreffen, wäre es Aufgabe von Nationalbank und Bundesrat, entsprechend zu handeln und adäquate Korrekturmassnahmen einzuleiten.

Wie weit die einzelnen Unternehmen von der Einführung des Euro betroffen sind, hängt von der unterschiedlichen Ausrichtung auf den europäischen Markt ab.

Allgemein dürften sich für die international ausgerichteten Unternehmen im wesentlichen folgende Änderungen ergeben:

- Ein gesteigerter Organisations- und Umstellungsaufwand insbesondere in der EDV. Dieser wird praktisch mit dem Millenniumproblem zusammenfallen.
- Erhöhte Transparenz und möglicher Preisdruck bei Produkten, die austauschbar sind.
- Sinkender Kursabsicherungsaufwand und damit fallende Währungsspreads und Hedgingkosten.

Die Zulieferer von internationalen Unternehmen werden rasch in das Eurosystem eingebunden werden, während das regional ausgerichtete Gewerbe kurz- bis mittelfristig noch wenig betroffen ist. Mittel- bis langfristig wird sich aber auch dieses dem verstärkten Wettbewerbsdruck nicht entziehen können. Allerdings werden auch neue Märkte leichter erschliessbar, da die Wechselkursprobleme grösstenteils wegfallen. Die Einführung des Euro kann damit bis zu einem gewissen Grad die Angleichung des binnenmarktorientierten Teils der Wirtschaft an die exportstarken Unternehmen fördern und damit insgesamt zu einer Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaft führen.

Die Betroffenheit dürfte von Unternehmen zu Unternehmen sehr unterschiedlich sein, und Aussagen über Auswirkungen einer dermassen einschneidenden Massnahme im Währungsbereich mit letztlich langfristig kaum vorhersehbaren Folgen bleiben bis zu einem gewissen Mass spekulativ. Immerhin lassen sich aber auf der Ebene einer Volkswirtschaft wie derjenigen des Kantons Zürich aufgrund der Struktur gewisse plausible Überlegungen machen. Im wesentlichen kann davon ausgegangen werden, dass sich bestehende Stärken wie Schwächen tendenziell verstärken werden und damit gewisse Branchen mit zusätzlichen Schwierigkeiten rechnen müssen, während Branchen aus einer guten Position heraus schon kurzfristig noch erfolgreicher operieren werden.

Als Beispiele für mögliche Auswirkungen seien einzelne für Zürich wichtige und unmittelbar stark betroffene Bereiche aufgeführt:

Bei den Finanzdienstleistungen entsteht durch die Europäische Währungsunion ein zusätzlicher Wettbewerb in einer Branche, die ganz allgemein in einer Umbruchphase steht. Nebst der Entwicklung der Informations- und Telekommunikationstechnologien, der steigenden Bedeutung der institutionellen Anleger und der wachsenden Bedeutung des Risk Management wird auch die vom Euro verursachte Markttransparenz die Wettbewerbsposition der Finanzplätze stark beeinflussen. Die Einheitswährung wird zur Auflösung von elf nationalen Finanzmärkten und damit auch zu einer Marktberreinigung bei den Wertpapierinfrastrukturen führen. Die technischen Voraussetzungen der Schweiz für eine führende Rolle sind hervorragend, wenn auch nicht allein entscheidend. Beruhend auf der weltweiten Führungsposition in der Vermögensverwaltung und der gestärkten Wettbewerbsposition der Schweizer Banken und Versicherungen sollte Zürich jedoch eine gute Chance haben, die Position als führender Finanzplatz weiter auszubauen. Für die Maschinen- und Metallindustrie wird die Währungsrelation von ausgesprochen grosser Bedeutung sein, und entsprechend entscheidend ist bei der Beurteilung, ob die heutige Annahme eines starken Euro eintrifft. Auch bei einer gegenüber heute stabilen Wechselkursrelation muss aufgrund der höheren Markttransparenz mit sinkenden Preisen gerechnet werden. Von der Kostenseite her ist von der Währungsabsicherung und beim Bezug von Vorprodukten allerdings auch eine Entlastung zu erwarten. Die starke Wettbewerbsposition zahlreicher Unternehmen ist eine günstige Ausgangslage für die künftige Entwicklung. Im Einzelhandel wird der europäische Markt transparenter, was jedoch zu einer Margenverengung führen kann. Der Einkauf über die Grenze (physisch oder per Internet) wird zusätzlich erleichtert. Die höhere Markttransparenz wird im Tourismus zu einer Konkurrenzverschärfung führen. Der Euro wird für gewisse Bereiche

(Hotels, Gastwirtschaft, Konsumartikel wie Uhren, Schmuck usw.) und in stark von Touristen frequentierten Orten zur Standardwährung werden.

### 3. Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Zürich

Die langfristig nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandortes Zürich stellt eine vorrangige Aufgabe dar. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen gelegt, da die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit grundsätzlich Sache der Unternehmen ist. Um diese Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen, wird ein Gesamtkonzept Standortmarketing vorangetrieben, so dass ab 1999 mit der Umsetzung begonnen werden kann. Durch die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Unternehmen wird die Pflege der einheimischen Unternehmen und die Akquirierung neuer Unternehmen im Ausland erleichtert. Auch innerhalb der Verwaltung wird das Bewusstsein für die Belange der Volkswirtschaft, u.a. durch organisatorische Massnahmen, noch verstärkt.

Umfragen legen allerdings nahe, dass ein gewisses Informationsdefizit bezüglich der Auswirkungen des Euro besteht. Dieses wird jedoch insbesondere von den Banken und Beratungsunternehmen sowie anderen Institutionen wie beispielsweise dem Euro Info Center der OSEC oder dem Europa Institut Zürich abgedeckt. Ein Bedarf an direkten Massnahmen seitens des Regierungsrates besteht nicht.

### 4. Einfluss auf die kantonalen Steuereinnahmen

Der grösste Teil der kantonalen Steuereinnahmen hängt unmittelbar von der Einkommensentwicklung natürlicher bzw. dem Geschäftsgang juristischer Personen ab. Beide Komponenten sind stark konjunkturabhängig und werden zudem von anderen Faktoren überlagert, so dass die zu erwartenden Auswirkungen durch die Einführung des Euro schwer abzuschätzen sind. Es könnten jedoch Umstellungskosten kurzfristig zu Gewinnreduktionen bei den Unternehmen und damit zu tieferen Steuereinnahmen führen; mittelfristig dürften diese Steuerausfälle aufgrund einer verstärkten Wettbewerbsposition jedoch wieder kompensiert werden.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Volkswirtschaft.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

**Husi**